

**GRENZÜBERSCHREITENDE SOLIDARITÄT
BEI BESCHÄFTIGUNGSKRISEN: WIE
POLITIKGESTALTUNG DIE ÖFFENTLICHE
ZUSTIMMUNG HINSICHTLICH DER
RISIKOTEILUNG BEI ERHÖHTER
ARBEITSLOSIGKEIT UNTER DEN BÜRGERN
EUROPAS BEEINFLUSST**

ZUSAMMENFASSUNG

Ergebnisse eines Umfrageexperiments der Universität Amsterdam (UvA, Niederlande)



Mit Unterstützung von INAPP (Italien)¹



Autoren: Frank Vandenbroucke (UvA), Brian Burgoon (UvA), Theresa Kuhn (UvA), Francesco Nicoli (UvA), Stefano Sacchi (INAPP), David van der Duin (UvA), Sven Hegewald (UvA)²

Kontaktadresse: Frank Vandenbroucke (f.i.g.vandenbroucke@uva.nl), Theresa Kuhn (theresa.kuhn@uva.nl)

Zusammenfassung “*Risk Sharing When Unemployment Hits: How Policy Design Influences Citizen Support For European Unemployment Risk Sharing (EURS)*”, 11.12.2018

¹ Wir bedanken uns auch für finanzielle Unterstützung der KU Leuven. Wir danken auch Metamorfose Vertalingen und Hans Erdlenbruch für die deutsche übersetzung.

Wozu eine Umfrage über die öffentliche Zustimmung zu einer grenzüberschreitenden Risikoteilung?

Nach der Wirtschaftskrise in der Eurozone sprach sich die Europäische Kommission wiederholt dafür aus, die Europäische Währungsunion mit automatischen Stabilisatoren auszurüsten. Wohlfahrtsstaaten verfügen über eigene automatische Stabilisatoren, um Wirtschaftsschocks abzufedern. So unterstützen beispielsweise Arbeitslosengelder die Kaufkraft der Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Argument im Hinblick auf die Europäische Währungsunion lautet, dass eine Währungsunion Mechanismen benötigt, um die automatischen Stabilisatoren ihrer Mitgliedstaaten zu unterstützen oder zu ergänzen. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, wäre die Rückversicherung nationalstaatlicher Arbeitslosenversicherungssysteme auf Eurozonenebene. Eine andere, von der Europäischen Kommission vorgebrachte Möglichkeit wäre ein System, das die öffentlichen Investitionskapazitäten von Mitgliedstaaten unterstützt, wenn diese von einer Krise betroffen sind und mit geringeren Staatseinnahmen bei höheren Ausgaben für Arbeitslosengelder konfrontiert sind. Die beiden Möglichkeiten verbindet ein gemeinsamer Grundgedanke: In Krisenzeiten ist es wichtig, dass die automatischen Stabilisatoren der Mitgliedstaaten wirksam werden, dass aber gleichzeitig auch die öffentlichen Investitionskapazitäten der Staaten geschützt werden. Daher sollte die Währungsunion in gewissem Maße auch eine „Versicherungsunion“ sein.

Sind aber die EU-Bürger bereit, das Risiko von Beschäftigungskrisen in ihren Ländern zu teilen? Diese Frage ist von wesentlicher Bedeutung, blieb aber bislang unbeantwortet. Dieser Bericht gibt auf der Grundlage einer Umfrage in 13 Mitgliedstaaten mit einer Abdeckung von 70 % der EU-Bevölkerung und 19.641 Befragten Aufschluss darüber. Eine Risikoteilung kann auf vielfältige Weise organisiert werden. Deshalb hat der gemeinsame Gedanke, dass die Stabilität der Europäischen Währungsunion durch eine grenzüberschreitende Teilung des Risikos von Beschäftigungsschocks gestärkt werden kann, zu einer Vielzahl von politischen Detailvorschlägen geführt. Unsere Umfrage zielte darauf ab, diese große Vielfalt so weit wie möglich zu berücksichtigen und Bürgern aller Bevölkerungsschichten verständlich darzustellen. Die Grundidee aller von uns getesteten Gestaltungsvarianten ist, dass eine neuer europäischer Mechanismus die Arbeitslosenversicherungssysteme von Staaten unterstützt, die sich aufgrund eines erheblichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in einer Notlage befinden. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die spezifische Ausgestaltung einer bestimmten Politik zur Risikoteilung für die öffentliche Zustimmung der Bürger eine Rolle spielt. Sie zeigen auch Unterschiede in der Zustimmung zwischen den Ländern ebenso wie zwischen Bürgern unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Hintergrunds sowie unterschiedlicher persönlicher Weltanschauung.

Unsere wichtigsten Schlussfolgerungen

Unsere Erkenntnisse führen zu folgenden Schlussfolgerungen bezüglich einer europäischen Risikoteilung im Hinblick auf Arbeitslosigkeit (EURS – European Unemployment Risk Sharing).

- Eine prinzipielle Ablehnung von EURS beschränkt sich auf einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung.
- Die Bürger sind sensibel gegenüber der konkreten Ausgestaltung von EURS. Obwohl es hier Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt, bevorzugen sie tendenziell Maßnahmenpakete, die großzügiger sind, die die Länder zum Anbieten von Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose verpflichten, die keine Steuererhöhungen mit sich bringen und die den einzelnen Empfängern die Erfüllung zumindest einiger Voraussetzungen abverlangen (zum Beispiel die Annahme eines geeigneten Jobangebots).
- Großzügige Maßnahmenpakete sind in jedem der untersuchten Länder mehrheitsfähig, auch wenn ein großzügiges Paket Steuererhöhungen mit sich bringen würde (ob- und unter welchen Umständen EURS tatsächlich zu höheren Belastungen führen würde, bleibt hier außer Betracht, es geht allein um eine Hypothese, die wir in der Umfrage prüfen) Dies gilt auch für Deutschland. In einigen Ländern wäre bei der schlussendlichen zusätzlichen Steuerlast (sofern zutreffend) irgendeine Form der innerstaatlichen Umverteilung von Reich zu Arm erforderlich, um ausreichend Zustimmung zu gewinnen.
- In den meisten Ländern ist die Zustimmung größer, wenn die Umsetzung von EURS dezentralisiert abläuft. Dies trägt zu den an anderer Stelle geäußerten Argumenten bei, dass nicht versucht werden sollte, ein richtiges europäisches Leistungssystem aufzubauen, sondern ein Rückversicherungssystem, das die nationalen Leistungssysteme mit Pauschaltransfers unterstützt.
- In allen Ländern nimmt die Zustimmung zu, wenn EURS mit einer Politik sozialer Investitionen verknüpft wird, also einer guten Kombination aus Schulung, Ausbildung und Aktivierung.
- Eine in politischen Kreisen viel beachtete Debatte, nämlich die Frage, wie tolerant das System gegenüber struktureller zwischenstaatlicher Umverteilung sein sollte, scheint für Bürgern weniger bedeutsam zu sein als für politische Entscheidungsträger. Damit wollen wir nicht sagen, dass derartige Diskussionen ohne Belang wären, sondern nur, dass andere Themen – beispielsweise die Frage, ob und wie Ausbildung, Schulung und Aktivierung an die Leistungen gekoppelt werden – beim breiten Publikum eine größere Rolle zu spielen scheinen.

Statt unüberwindlicher Polarisierung sehen wir hier also Raum für einen konstruktiven demokratischen Dialog.

Unsere Methodologie: ein Umfrageexperiment mit „Conjoint-Analyse“

Um die Einstellung der Bürger zu diesen komplexen Fragen zu untersuchen, führten wir ein gezieltes Umfrageexperiment durch. Wir konfrontierten alle einzelnen Befragten mit drei Gegenüberstellungen von jeweils zwei alternativen politischen Optionen (insgesamt also sechs politischen Optionen). Dabei stellten wir den Befragten zwei Fragen. Für jede Gegenüberstellung sollten sie uns sagen, welche der beiden politischen Optionen sie vorziehen. Und für jede der sechs politischen Optionen sollten sie angeben, ob sie sie stark ablehnen, eher ablehnen, eher unterstützen oder stark unterstützen (beziehungsweise weder unterstützen noch ablehnen). Auf diese Weise sammelten wir simultan Informationen über relative Präferenzen gegenübergestellter Maßnahmenpakete und über die absolute Zustimmungs- oder Ablehnungsrate dieser Maßnahmenpakete.³

Die gegenübergestellten politischen Optionen haben bestimmte Gemeinsamkeiten (in unserem Bericht bezeichnen wir diese als „Fixpunkte“), unterscheiden sich jedoch wesentlich in sechs Dimensionen (in unserem Bericht bezeichnen wir diese als „bewegliche Teile“).

Die „Fixpunkte“ aller von den Befragten zu beurteilenden Maßnahmenpakete sind:

- 1) Die Auszahlung europäischer Unterstützungen an einen Mitgliedstaat wird von einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Mitgliedstaat ausgelöst. Das System erzeugt keinen permanenten Zahlungsstrom zu jedem Mitgliedstaat.
- 2) Die Unterstützungen sind für die Arbeitslosengelder bestimmt. Sie werden eingesetzt, um die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme zu subventionieren.
- 3) Das System schreibt eine gemeinsame Mindesthöhe für die Arbeitslosengelder in allen teilnehmenden Ländern vor. Die Befragten werden darüber informiert, dass die teilnehmenden Mitgliedstaaten Arbeitslosengelder auszahlen können, die über dieser gemeinsamen Mindesthöhe liegen, dies jedoch auf eigene Kosten.

Die „beweglichen Teile“ betreffen sechs Dimensionen, in denen sich die Maßnahmenpakete voneinander unterscheiden. Wir lenken das Augenmerk der Befragten auf eine Dimension der

³ Zusätzlich zu diesen Fragen über die Maßnahmenpakete stellten wir Fragen über: (a) das Alter des Befragten, den Bildungsstand, die Staatsangehörigkeit und den Wohnsitz auf NUTS-2-Ebene, seine Hauptaktivität in der jüngeren Vergangenheit, das Einkommensniveau und die Haupteinkommensquelle sowie die Haushaltszusammensetzung; (b) die persönlichen Erfahrungen des Befragten mit Arbeitslosigkeit, das wirtschaftliche Unsicherheitsgefühl und die relative Entwicklung des persönlichen Einkommens; (c) die allgemeinen sozioökonomischen Wahlpräferenzen, Werte, Religion und Identität des Befragten; (d) die Meinung des Befragten über die Verantwortung von Regierungen zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose, den aktuellen Lebensstandard Arbeitsloser in seinem Land und die Bemühungen Arbeitsloser bei der Arbeitssuche; (e) das Vertrauen des Befragten in Gewerkschaften, staatliche Institutionen und die EU sowie in die aktuellen politischen Führer in seinem Land und in der EU; (f) die Sorgen des Befragten im Hinblick auf Globalisierung, Handel, Migration und andere gesellschaftliche Fragen.

Großzügigkeit (D1), eine Dimension der *Schulung und Ausbildung* (D2), eine Dimension der *Umverteilung zwischen den Ländern* (D3), eine Dimension der *Besteuerung* (D4), eine Dimension der *Verwaltung* (D5) und eine Dimension der *Bemühungen bei der Arbeitssuche* (D6). Konkret unterscheiden sich die beweglichen Teile der Maßnahmenpakete wie folgt:

- 1) Die Dimension der *Großzügigkeit* betrifft die Großzügigkeit der europäischen Unterstützung, wenn ein Land sich in einer Notlage befindet, und damit verbunden die in allen teilnehmenden Ländern festgelegte gemeinsame Mindesthöhe des Arbeitslosengeldes. Es werden drei Niveaus der europäischen Unterstützung/gemeinsamen Mindesthöhe vorgeschlagen, ausgedrückt in Prozent des letzten Lohnes und auszahlfähig in den ersten sechs Monaten der Arbeitslosigkeit: (i) 40 %, (ii) 60 % oder (iii) 70 %.
- 2) Die Dimension *Schulung und Ausbildung* betrifft die Frage, ob die Länder eine Bedingung erfüllen müssen, um Unterstützung zu erhalten: (i) es muss keine Bedingung erfüllt werden, um Unterstützung zu erhalten, oder (ii) die teilnehmenden Länder müssen allen arbeitslosen Bürgern Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten anbieten.
- 3) Die Dimension der *zwischenstaatlichen Umverteilung* betrifft die Frage, ob manche Länder auf lange Sicht mehr Unterstützung aus dem System erhalten dürfen, als sie einzahlen. Hier unterscheiden wir zwischen (i) einem „reinen Versicherungssystem“, bei dem die Länder langfristig nicht mehr Unterstützung aus dem System erhalten können, als sie eingezahlt haben (langfristig keine zwischenstaatliche Umverteilung); (ii) einem „toleranten System“, das jede Art von zwischenstaatlicher Umverteilung zulässt, die sich auf lange Sicht ergibt; (iii) einem „Umverteilungssystem“, das neben der Versicherung gegen starke Beschäftigungsschocks bewusst eine Umverteilung von reichen zu armen Ländern erzeugt.
- 4) Die Dimension *Besteuerung* betrifft die langfristigen Auswirkungen auf die Höhe der Steuern im jeweiligen Land der Befragten. Drei Szenarien werden vorgestellt: (i) keine langfristigen Auswirkungen auf die Steuerhöhe; (ii) die Steuern werden für jeden im Land um 0,5 % des Einkommens steigen; (iii) die Steuern werden um 1 % des Einkommens steigen, jedoch nur für die Reichen im jeweiligen Land.
- 5) Die Dimension *Verwaltung* unterscheidet zwischen Systemen, die (i) von der Europäischen Union verwaltet werden, und Systemen, die (ii) von den nationalen Regierungen verwaltet werden. Man kann dies als einen Unterschied zwischen einem „echten europäischen Arbeitslosenversicherungssystem“ (bei dem ein EU-Fonds die Leistungen direkt an einzelne europäische Bürger auszahlt) und einem „Rückversicherungssystem“ (bei dem ein EU-Fonds pauschale Haushaltstransfers an die Mitgliedstaaten auszahlt, das gesamte Arbeitslosenversicherungssystem aber weiterhin national bleibt) interpretieren, doch die Umfrage geht nicht so weit ins Detail, sondern untersucht die allgemeine Sensibilität der Befragten für eine „europäische“ gegenüber einer „nationalen“ Verwaltung eines solchen Systems.

- 6) Die Dimension der *Bemühungen bei der Arbeitssuche* betrifft die Bedingungen für den einzelnen Arbeitslosen. Wir unterscheiden zwischen drei Szenarien: (i) keine Bedingungen für Arbeitslose; (ii) Arbeitslose müssen jeden geeigneten Job annehmen, sonst verlieren sie die Leistung; (iii) Arbeitslose müssen sich mindestens einmal pro Woche bewerben und jedes geeignete Jobangebot annehmen, sonst verlieren sie die Leistung.

Diese „beweglichen Teile“ erzeugen 324 verschiedene Kombinationen von politischen Optionen ($3 \times 2 \times 3 \times 3 \times 2 \times 3 = 324$). Alle 324 Maßnahmenpakete regeln die grenzüberschreitende Risikoteilung, doch jedes tut dies auf eine andere Weise. Jeder unserer 19.500 Befragten wurde mit 6 Paketen konfrontiert, die nach dem *Zufallsprinzip* aus dem Gesamtbestand von 324 Maßnahmenpaketen ausgewählt wurden. Um zuverlässige Rückschlüsse auf die Anschauungen des Befragten und seine Sensibilität gegenüber alternativen Ausgestaltungsmöglichkeiten ziehen zu können, ist es entscheidend, dass er mit einer zufällig ausgewählten Kombination konfrontiert wird. Diese Methodologie wird als *Umfrageexperiment mit „Conjoint-Analyse“* bezeichnet.

Es ist wichtig, unsere „beweglichen Teile“ nicht falsch zu verstehen, insbesondere die Dimension Besteuerung. Wir behaupten *nicht*, dass die Umsetzung der grenzüberschreitenden Risikoteilung entweder keine Steuererhöhungen oder Steuererhöhungen in Höhe von 0,5 % der Einkommen bedeuten würde. Diese Zahlen sollen den Befragten zeigen, dass einige Maßnahmenpakete mit zusätzlichen Beiträgen verbunden sind, während andere Pakete möglicherweise keine zusätzlichen Beiträge implizieren. „0,5 %“ und „1 %“ sind einfache Zahlen, die diese Botschaft vermitteln, mehr nicht.

Während es einige wichtige „Fixpunkte“ und eine Reihe von „beweglichen Teilen“ gibt, bleiben andere Gestaltungsmerkmale in der Umfrage offen: Fragen im Zusammenhang mit dem Umfang des Kreises der Anspruchsberechtigten⁴, ob das System Schulden aufnehmen kann oder nicht⁵,

⁴ Die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme unterscheiden sich erheblich in Bezug auf ihre Abdeckung von Arbeitslosigkeit, da es unterschiedliche Wartezeiten, Anspruchsvoraussetzungen und Arbeitsmarktinstitutionen gibt. Die den Befragten vorgeschlagenen Systeme sind so ausgelegt, dass sie auch gewisse Implikationen für den Umfang des Kreises der Anspruchsberechtigten des Arbeitslosengeldes enthalten. Dies ist zwangsläufig ein Aspekt jedes konkreten politischen Vorschlags in diesem Bereich, aber wir konfrontieren die Befragten nicht damit. Die Qualität des Systems im Sinne seiner Großzügigkeit wird durch eine Konzentration auf die Höhe der Leistungen erfasst, ausgedrückt als einfacher linearer Prozentsatz des letzten Lohnes (also ohne auf Unter- und Obergrenzen, Differenzierung nach Haushaltszusammensetzung usw. einzugehen).

⁵ Ob ein solches System Schulden aufnehmen kann oder nicht, ist eine wichtige politische Frage. Die Aufnahme von Schulden ermöglicht eine intertemporale Glättung von Schocks, wodurch die Funktionalität des Systems nicht auf so genannte „asymmetrische Schocks“ beschränkt wäre, die nur ein Land oder eine begrenzte Anzahl Länder auf einmal treffen. Die Aufnahme von Schulden wird im Umfrageexperiment nicht erwähnt. Aber das Framing und der Wortlaut der Fragen schließen eine Aufnahme von Schulden nicht aus, und der Befragte wird in seinen Überlegungen zu einer langfristigen Perspektive angehalten, die in der Praxis eine intertemporale Perspektive erfordert (so beziehen sich zum

welche Länder teilnehmen würden und ob es sich auf die Eurozone beschränken würde oder nicht⁶ sowie Einzelheiten zu den Finanz- und Verwaltungsvorgängen.⁷

Unsere Maßnahmenpakete decken den Kern der großen Vielfalt an hervorstechenden politischen Vorschlägen in einer Weise ab, die sowohl relevant und akkurat als auch für die Befragten zugänglich ist. Sie unterscheiden zwischen grundlegenden Formen der Risikoteilung, anstatt ins Detail zu gehen. Nach unserem Wissen handelt es sich um die erste Umfrage zur Untersuchung eines so komplexen Problems der Politikgestaltung, das sich auf Maßnahmen bezieht, die sich die Befragten *vorstellen müssen*, da sie in der Praxis noch nicht existieren. Wir wollten das Risiko vermeiden, dass diese Aufgabe für die Befragten zu komplex wird.

Eine Stichprobe, die 70 % der EU-Bevölkerung abdeckt

Die Umfrage wurde in Österreich, Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien durchgeführt. Diese Länder unterscheiden sich erheblich in Bezug auf ihren wirtschaftlichen Entwicklungsstand, ihr Wohlfahrtsstaatsmodell (insbesondere die Großzügigkeit ihrer derzeitigen Arbeitslosenversicherungssysteme, die Strenge ihrer Politik gegenüber jenen, die vom Arbeitslosengeld leben, d. h. die Verfügbarkeitsanforderungen, die Überwachung der Bemühungen bei der Arbeitssuche, die verhängten Sanktionen), ihre Wirtschaftsleistung in den letzten zehn Jahren, ihre geografische Lage und die Mitgliedschaft in der Eurozone. Die Feldarbeit wurde mittels eines Online-Panels durch das Marktforschungsunternehmen IPSOS durchgeführt und fand im Oktober und November 2018 statt. Sie gewährleistete eine repräsentative Stichprobe in jedem Land.

Anleitung und Beurteilung der Befragten – eine sorgfältige Vorgehensweise

Wir haben die Befragten nicht mit dem Hinweis auf die positiven Möglichkeiten von Risikoteilungssystemen oder auf potenzielle Gefahren in eine bestimmte Richtung gedrängt. Das erwartete positive Ergebnis einer Risikoteilung besteht in einer höheren Stabilität allerorten und damit langfristig weniger Arbeitslosigkeit und niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen. Wir erwähnen dies gegenüber unseren Befragten nicht, was bedeutet, dass wir den Vorschlag unterbewerten. Er wird in Form von Prinzipien des „Bedarfs“ (länderübergreifend) und der Solidarität (implizit, ohne das Wort zu verwenden) dargestellt. Ebenso wenig erwähnen wir

Beispiel die Fragen zur zwischenstaatlichen Umverteilung und Besteuerung explizit auf „langfristige“ Auswirkungen).

⁶ Die Frage, welche Länder teilnehmen, ist nicht Teil der Umfrage. Die Umfrage spricht von „EU-Mitgliedstaaten“, womit sie nicht unbedingt auf die Eurozone beschränkt ist (zwei Länder der Stichprobe gehören nicht zur Eurozone).

⁷ Wir konfrontieren die Befragten nicht detailliert mit Mechanismen, die eine „reine Versicherung“ gewährleisten würden (zum Beispiel eine „Erfahrungstarifizierung“ der von den teilnehmenden Ländern gezahlten Beiträge oder „Rückforderungsmechanismen“). Wir konfrontieren sie auch nicht mit der genauen, administrativen Art und Weise, wie die Systeme finanziert werden sollen.

potenzielle Gefahren moralischer Art: Die Länder könnten sich weniger um das Risiko schwerer Beschäftigungskrisen kümmern und daher mit weniger Eigeninitiative in ihrer Gesamtpolitik vorgehen, wenn es eine Versicherung gegen schwere Krisen gibt. Einzelpersonen könnten sich weniger Sorgen um ihr persönliches Arbeitslosigkeitsrisiko machen, wenn das Ergebnis des Systems darin besteht, dass die Leistungen großzügiger werden. Allerdings können in unseren „beweglichen Teilen“ die Dimension *Schulung und Ausbildung* und die Dimension *Bemühungen bei der Arbeitssuche* offensichtlich als Abhilfen gegen moralische Risiken interpretiert werden, sowohl auf der Ebene der nationalen Politik als auch auf der Ebene des individuellen Verhaltens der Leistungsempfänger. In diesem Sinne ist das Problem des moralischen Risikos im Design der Umfrage präsent, und diese Fragen können die Befragten dazu anregen, über das moralische Risiko nachzudenken.

Bei der Analyse unserer Ergebnisse berücksichtigen wir drei Phänomene, die bei einem solchen Umfragedesign unvermeidlich sind: unaufmerksame Befragte, inkonsistente Befragte und inkonsistente Pakete.

Da wir wollen, dass die Befragten über Unterschiede in der Politikgestaltung nachdenken, kann mangelnde Aufmerksamkeit als Problem angesehen werden, zumindest wenn es darum geht, die Ergebnisse einer *überlegten Beurteilung* vorzulegen. Andererseits ist mangelnde Aufmerksamkeit eine Realität bei der Bildung persönlicher Meinungen und die Ansichten „unaufmerksamer Bürger“ können nicht einfach verworfen werden. Unsere Umfrage beinhaltet einen Aufmerksamkeitstest, der es ermöglicht, *unaufmerksame Befragte*, also Befragte, die am *Ende* der Umfrage zeigen, dass sie nicht mehr (oder überhaupt nicht) aufmerksam gegenüber Details sind, auszuschließen. Wir präsentieren unsere Hauptergebnisse unter Ausschluss der Befragten, die diesen Aufmerksamkeitstest nicht bestehen. Damit werden 19 % der Befragten ausgeschlossen. Zusätzlich stellen wir auch die Ergebnisse unter Einbeziehung dieser Befragten bereit.

Die Befragten werden mit drei Gegenüberstellungen von jeweils zwei Maßnahmenpaketen konfrontiert. Sie müssen uns ihre jeweilige Präferenz für jede Gegenüberstellung und ihr absolutes Maß an Zustimmung (oder Ablehnung) für jedes einzelne Maßnahmenpaket mitteilen. Ein Befragter, der sich für Paket A gegenüber Paket B entscheidet und dann ein höheres Maß an Zustimmung für B als für A ausdrückt, gibt *prima facie* eine *inkonsistente Antwort*. Wenn das zwei- oder sogar dreimal passiert, gilt der Befragte als *wiederholt inkonsistent*. Wie gesagt, die Ansichten solcher inkonsistenter Befragter können in einem demokratischen politischen Prozess nicht einfach verworfen werden, aber wenn unser Ziel darin besteht, die Ergebnisse einer überlegten Beurteilung zu präsentieren, verfälschen sie die Analyse. Der Anteil der leicht inkonsistenten Befragten liegt bei 11,9 %, was wir angesichts der Komplexität der vorgelegten Fragen für relativ gering halten. Nur 2,6 % der Befragten sind wiederholt inkonsistent. Wir präsentieren unsere Hauptergebnisse unter Ausschluss wiederholt inkonsistenter Befragter, aber wir stellen auch Ergebnisse unter Einbeziehung dieser Befragten zur Verfügung. Durch die

Eliminierung sowohl der unaufmerksamen Befragten als auch der wiederholt inkonsistenten Befragten scheiden 20,6 % der Befragten aus.

Die zufällige Generierung von Maßnahmenpaketen ist erforderlich, um zuverlässige Rückschlüsse auf die Sensibilität der Befragten gegenüber Veränderungen in den einzelnen Dimensionen der Maßnahmengestaltung zu ziehen. Doch zufällige Kombinationen erzeugen zwangsläufig (*prima facie*) intern inkonsistente Pakete. Ein Beispiel: Wenn das System auf der Option „reine Versicherung“ aufbaut, gibt es langfristig keine Nettoempfänger und keine Nettozahler auf Länderebene. Aus langfristiger Sicht (nach Glättung der temporären Schwankungen) bedeutet dies: Wenn das inländische Steuerniveau in Land X nicht steigt, ist es nicht möglich, die Großzügigkeit des derzeitigen Leistungsniveaus in diesem Land X zu erhöhen, da es sich dafür nicht auf strukturelle externe Unterstützung verlassen kann. Nehmen wir zum Beispiel Estland, ein Land, in dem die Höhe des Arbeitslosengeldes heute sehr gering ist. Ein estnischer Befragter, der mit einem Paket konfrontiert ist, das „reine Versicherung“, „keine zusätzliche Besteuerung“ und „eine Leistung in Höhe von (mindestens) 70 % des letzten Lohnes für die ersten 6 Monate der Arbeitslosigkeit“ kombiniert, muss ein Paket beurteilen, das in Estland unter den derzeitigen Bedingungen nicht möglich ist (es könnte möglich werden, wenn die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt, oder wenn andere Sozialleistungen gekürzt oder Haushaltsdefizite erhöht werden, aber das wird in unserer Umfrage nicht vorgeschlagen). Das Beispiel zeigt, dass die interne Inkonsistenz eines Pakets ein länderspezifisches Merkmal ist: Es gibt ein Land in unserer Stichprobe, in dem ein Ziel von 70 % für die Höhe der Leistungen (während der ersten 6 Monate der Arbeitslosigkeit) ohne zusätzliche inländische Finanzierung nicht *prima facie* undenkbar ist.

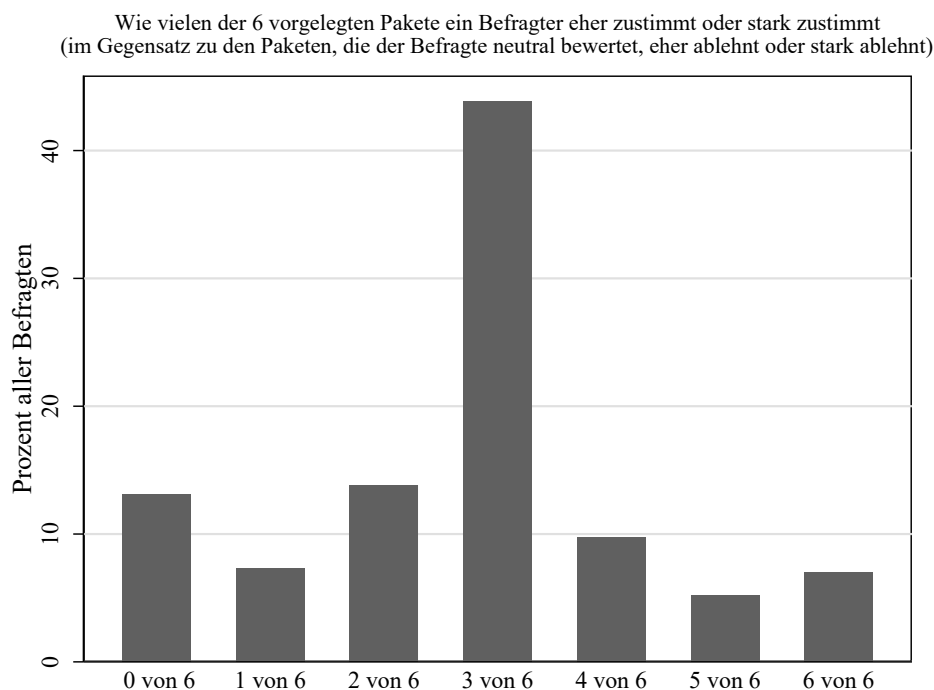
Angesichts der Art unserer Studie können wir nur grob beurteilen, welche Pakete *prima facie* intern inkonsistent sind. Wir schließen eine Reihe dieser Pakete aus unserer Inferenzanalyse aus.⁸

Erste Erkenntnisse: begrenzte Fundamentalopposition, Unterschiede zwischen den Ländern

⁸ Der Bericht unterscheidet zwischen internen Inkonsistenzen des Typs „free lunch“ und des Typs „cheap talk“. Der Bericht beleuchtet auch das Problem der *externen Inkonsistenz von Paketkombinationen*. *Externe Inkonsistenz* bezieht sich auf eine länderübergreifende Kombination von Präferenzen, die unvereinbar wären, wenn sie gleichzeitig umgesetzt würden. Betrachten wir zum Beispiel folgende Situation: Die Präferenzen der Länder X, Y, Z beinhalten (auf lange Sicht) strukturell umverteilende Transfers aus anderen Ländern, während in allen anderen Ländern die bevorzugte Option „reine Versicherung“ ist, die langfristig die strukturelle Umverteilung ausschließt. Es ist nicht möglich, diese Präferenzen in einem EU-weiten System zu kombinieren. Unsere Analyse ermöglicht es, diese externen Inkonsistenzen aufzuzeigen, zugleich aber auch einzelne Pakete zu identifizieren, die eine ausreichende Unterstützung mobilisieren würden, um in jedem der untersuchten Länder akzeptiert zu werden. Abbildung ES4 dieser Zusammenfassung veranschaulicht dies.

Die prinzipielle Ablehnung der grenzüberschreitenden Risikoteilung ist begrenzt. Weniger als 10 % der Befragten lehnen die Mehrheit der sechs von ihnen beurteilten Pakete ab (wobei „ablehnen“ hier bedeutet: eher ablehnen oder stark ablehnen). Wir betrachteten auch das umgekehrte Muster, den Anteil der Befragten, die drei oder mehr der sechs Pakete, die sie sahen, zustimmen (eher zustimmen oder stark zustimmen). Dieser Anteil liegt bei 66 %.⁹ Dies ist in Abbildung ES1 dargestellt.

Abbildung ES1: Prinzipielle Zustimmung zu Paketen, gepoolte Stichprobe, 13 Länder



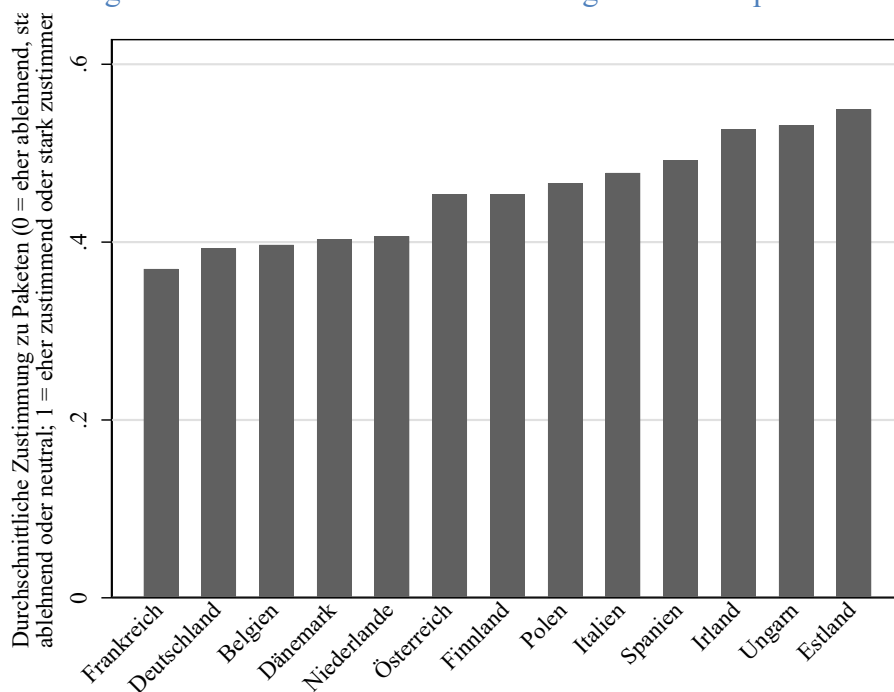
Erläuterung zu Abbildung ES1

Der mittlere Balken zeigt, dass 44% aller Befragten aus allen Ländern bei 3 der 6 Pakete angeben, dem betreffenden Paket eher oder stark zuzustimmen. Der Balken ganz links zeigt an, dass 12,9% aller Befragten bei keinem Paket angeben, eher oder stark zuzustimmen (12,9% der Personen haben also gegenüber allen Paketen die Einstellung „weder dafür noch dagegen“ oder „eher ablehnend“ oder „stark ablehnend“).

Die Zustimmungsrate ist jedoch von Land zu Land unterschiedlich, wie in Abbildung ES2 dargestellt. Abbildung ES2 zeigt die „durchschnittliche Zustimmungsrate“ pro Land, für alle Pakete, die den Befragten vorgestellt wurden:

⁹ Diese Zahl ändert sich nicht, wenn wir alle Pakete (für die Befragten aller Länder) ausschließen, die bei weiter Auslegung des Begriffs intern inkonsistent sein könnten, weil sie eine Leistungshöhe von 70 % ohne Steuererhöhung aufweisen. Der Anteil erhöht sich geringfügig (auf 66,9 %), wenn die Befragten, die den Aufmerksamkeitstest nicht bestehen, ausgeschlossen werden.

Abbildung ES2: Durchschnittliche Zustimmung zu Paketen pro Land



Erläuterung zu Abbildung ES2

In Frankreich beträgt die durchschnittliche Zustimmung 38%; bei einer (hypothetischen) Abstimmung über alle den Franzosen in der Umfrage vorgelegten Pakete würden durchschnittlich 38% mit „ja“ stimmen (wobei „ja“ bedeutet: „eher zustimmen“ oder „stark zustimmen“). In Estland würden durchschnittlich 55% mit „ja“ stimmen: In den Niederlanden liegt der Wert bei 40,9%. Dabei geht es wohlgerne um alle den Befragten vorgelegten Pakete, auch solche, die weniger populär sind als andere.

Auf den ersten Blick erkennt man die Tendenz, dass die durchschnittliche Zustimmung in den meisten der reicheren Länder, die entwickelte und gut etablierte Wohlfahrtsstaaten darstellen (insbesondere Frankreich, Deutschland, Belgien, Dänemark, Niederlande) geringer ist. In den ärmeren Mitgliedstaaten, die weniger entwickelte Wohlfahrtsstaaten darstellen (wie Estland und Ungarn) und in den Mitgliedstaaten, die am stärksten von der Krise in der Eurozone betroffen waren (in unserer Stichprobe: Italien, Spanien und Irland), ist sie deutlich höher.

Die Befragten sind sensibel gegenüber der konkreten Ausgestaltung des Systems. Sie bevorzugen tendenziell großzügigere Pakete (70 % Lohnersatz), die von den Ländern verlangen, dass sie Arbeitslosen Schulung und Ausbildung anbieten, die keine höhere Steuerbelastung mit sich bringen und die den einzelnen Empfängern die Erfüllung zumindest einiger Bedingungen abverlangen (zum Beispiel ein geeignetes Jobangebot anzunehmen). Interessanterweise ist diese Sensibilität jedoch von Land zu Land unterschiedlich.

Unsere Umfrage ermöglicht eine viel präzisere Analyse, als hier vorgestellt, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des individuellen sozioökonomischen Hintergrunds der Befragten, die Auswirkungen ihrer Weltanschauung und die Wechselwirkung dieser individuellen Eigenschaften mit Unterschieden in der Ausgestaltung der Maßnahmen. Unser Bericht gibt einigen Aufschluss über solche individuellen Zustimmungsdeterminanten. Eine wenig überraschende Feststellung ist, dass eine positive Einstellung gegenüber der EU die Zustimmung zu einer EU-Initiative zur grenzüberschreitenden Risikoteilung erhöht. Überraschender ist die Feststellung, dass dabei die Art und das Ziel der in unserer Umfrage vorgeschlagenen Risikoteilung etwas mehr Zustimmung von Menschen mit niedrigem Einkommen als von Menschen mit hohem Einkommen findet. Dies wird in weiteren wissenschaftlichen Publikationen untersucht werden.

Potenzielle Mehrheiten in den einzelnen Ländern

Unsere Umfrage ermöglicht uns die *Vorhersage* der Zustimmungsraten für einzelne Pakete. Abbildung ES3 zeigt die vorhergesagten Zustimmungsraten für alle Länder zusammen, wenn eine (imaginäre) länderübergreifende Abstimmung stattfinden würde. Die *Balken* stellen den Anteil der Wähler dar, die einem bestimmten EURS-Paket (wobei EURS für „European Unemployment Risk Sharing“ steht) eher zustimmen oder stark zustimmen. Die Balken implizieren also die Annahme, dass „neutrale“ Befragte („weder zustimmend noch ablehnend“) nicht teilnehmen oder, wenn sie zur Teilnahme gezwungen werden, sich proportional auf die Lager Zustimmung und Ablehnung verteilen. Die *durchgezogenen Querlinien* auf jedem Balken zeigen die Zustimmungsraten unter der Annahme, dass sich alle „neutralen“ Befragten bei einer Abstimmung gegen das Paket aussprechen würden. Die Oberseite der Balken und die durchgezogenen Querlinien stellen somit eine Ober- und Untergrenze dar.

Abbildung ES3: Vorhersage der Zustimmungsrates für Stichprobenpakete, gepoolte Stichprobe (13 Länder)

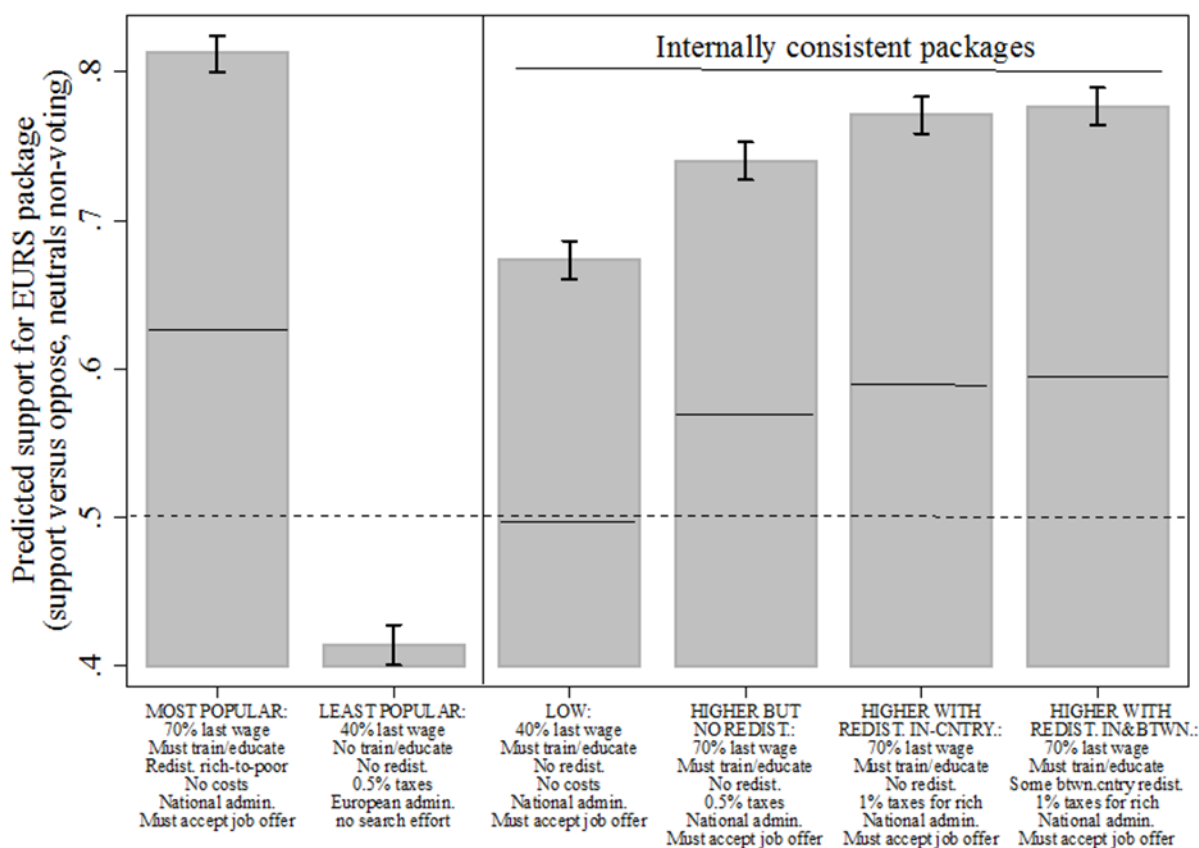


Abbildung ES3 konzentriert sich auf sechs EURS-Pakete. Die ersten beiden Pakete sind nur in der Theorie interessant. Das erste ist das „beliebteste“ und das zweite das „unbeliebteste“ Paket. Beide sind intern inkonsistent und eindeutig nicht als politische Projekte durchführbar. Das beliebteste Paket (mehr als 80 % der Stimmen unter Ausschluss der neutralen Stimmen) ist ein Paket des Typs „free lunch“, bei dem die Befragten die großzügigste Unterstützung möchten, ohne für die Unterstützung zusätzlich bezahlen zu müssen. Wir betrachten dies für eine deutliche Mehrheit der von der Umfrage betroffenen Länder als inkonsistentes Paket. Das unbeliebteste Paket (etwas mehr als 40 % der Stimmen, aber keine Mehrheit) ist ebenfalls intern inkonsistent, da es eine geringe gemeinsame Mindesthöhe der Leistungen mit einer allgemeinen Steuererhöhung verbindet, obwohl eine so geringe gemeinsame Mindesthöhe keine Steuererhöhung erfordert. Seine Unbeliebtheit ist auf die Erhöhung der Steuern und die geringe Großzügigkeit sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass für die teilnehmenden Länder und ihre arbeitslosen Bürger keine Bedingungen gelten.

Die verbleibenden vier Pakete stellen Kombinationen dar, die *prima facie* intern konsistent sind. Ihre Beliebtheit steigt im Wesentlichen mit der Großzügigkeit und der Eigenschaft

innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Umverteilung. Wie aus den einzelnen Beschreibungen hervorgeht, unterscheiden sie sich nicht in allen Dimensionen. So ist zum Beispiel klar, dass die Befragten es tendenziell vorziehen, wenn die teilnehmenden Länder Arbeitslosen Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten anbieten, wenn die Verwaltung auf nationaler (und nicht auf europäischer) Ebene erfolgt und wenn die einzelnen Empfänger zumindest zur Annahme eines geeigneten Jobangebots verpflichtet werden. Daher halten wir diese drei Merkmale konstant. Aber wir differenzieren anhand von drei Dimensionen:

- *Großzügigkeit*: ein Paket, das bis zu 40 % des letzten Lohnes ersetzt, gegenüber einem Paket, das bis zu 70 % des letzten Lohnes ersetzt (für die Dauer von 6 Monaten);
- *zwischenstaatliche Umverteilung*: ein Paket, das eine zwischenstaatliche Umverteilung auf lange Sicht nicht zulässt, im Gegensatz zu einem Paket, das eine zwischenstaatliche Umverteilung toleriert;
- *Besteuerung*: ein Paket, das langfristig keine Steuererhöhung im Land des Befragten beinhaltet, ein Paket, das eine langfristige Steuererhöhung um 0,5 % des Einkommens für alle im Land des Befragten impliziert, und ein Paket, bei dem die Steuern nur für die Reichen steigen (um 1 %).

Tabelle E1 fasst die Eigenschaften dieser Pakete zusammen, die wir wie folgt bezeichnen: *NIEDRIGE MINDESTHÖHE, HOHE MINDESTHÖHE & KEINE UMVERTEILUNG, HOHE MINDESTHÖHE & INNERSTAATLICHE UMVERTEILUNG* und *HOHE MINDESTHÖHE & INNERSTAATLICHE UND ZWISCHENSTAATLICHE UMVERTEILUNG*.

Tabelle ES1: Eigenschaften der vier intern konsistenten EURS-Pakete, die in Abbildung ES3 und ES4 dargestellt werden.

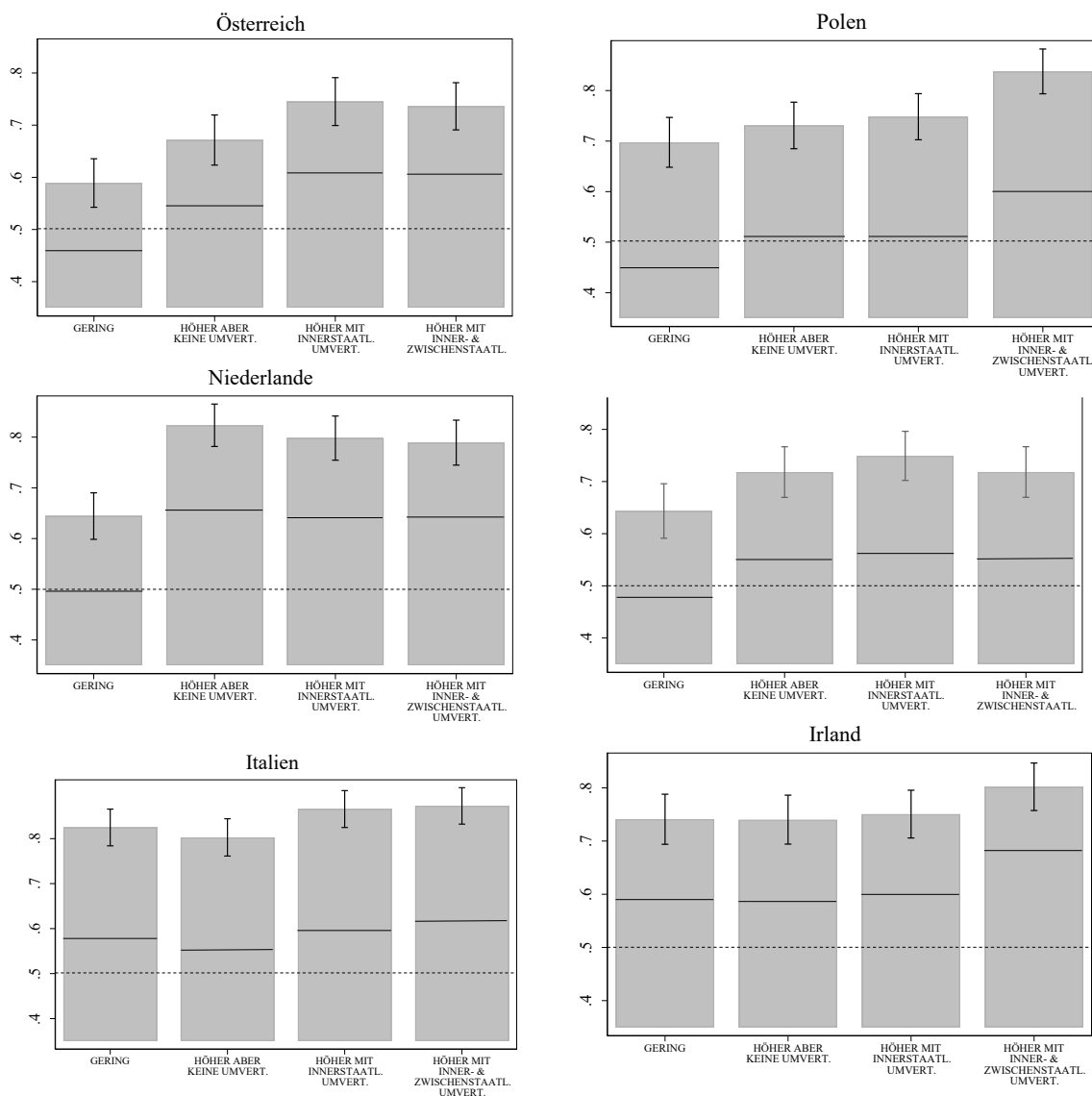
	NIEDRIGE MINDESTHÖHE	HOHE MINDESTHÖHE, KEINE UMVERTEILUNG	HOHE MINDESTHÖHE & INNERSTAATLICHE UMVERTEILUNG	HOHE MINDESTHÖHE & INNERSTAATLICHE UND (möglicherweise) ZWISCHENSTAATLICHE UMVERTEILUNG
D1	40 %	70 %	70 %	70 %
D2	teilnehmende Länder müssen schulen und ausbilden			
D3	langfristig keine zwischenstaatliche Umverteilung			tolerant: langfristig jede Form zwischenstaatlicher Umverteilung möglich
D4	keine zusätzliche Besteuerung in Ihrem Land	jeder zahlt 0,5 % mehr Steuern in Ihrem Land	Reiche zahlen 1 % mehr Steuern in Ihrem Land	
D5	nationale Verwaltung			
D6	Arbeitslose müssen jedes geeignete Jobangebot annehmen, sonst verlieren sie die Leistung			

Für diese intern konsistenten Pakete zeigt Abbildung ES3 ein klares Muster, wonach Europäer tendenziell Pakete vorziehen, die großzügiger sind und mehr Umverteilung beinhalten – insbesondere innerhalb der Länder durch progressive Besteuerung, aber auch zwischen den Ländern, indem sie es den teilnehmenden Ländern ermöglichen, mehr aus der Versicherung zu bekommen, als sie einzahlen. Dem Paket NIEDRIGE MINDESTHÖHE wird die geringste Zustimmung vorausgesagt: 65 %, wenn neutrale Antworten nicht berücksichtigt werden, aber knapp unter 50 %, wenn man alle neutralen Antworten als Ablehnungen ansieht. Die verbleibenden, großzügigeren Pakete mit mehr Umverteilung liegen über der 50-Prozent-Schwelle, auch wenn man davon ausgeht, dass alle neutralen Befragten dagegen stimmen würden. Das Paket, dem unsere Modelle die größte Wählerzustimmung vorhersagen, kombiniert einen großzügigen Ersatz des letzten Lohnes mit innerstaatlicher Umverteilung und Toleranz für eine langfristige zwischenstaatliche Umverteilung.¹⁰

¹⁰ Diese Pakete weisen die zweite Variante der Dimension „zwischenstaatliche Umverteilung“ auf, wie im Abschnitt über die Methodologie erläutert (vgl. oben). Sie *erlauben* eine Umverteilung, legen sie aber nicht fest. Die dritte Variante in der Dimension „zwischenstaatliche Umverteilung“ legt eine Umverteilung von reichen zu armen Ländern *fest*. Die Unterschiede in der Zustimmung zwischen der

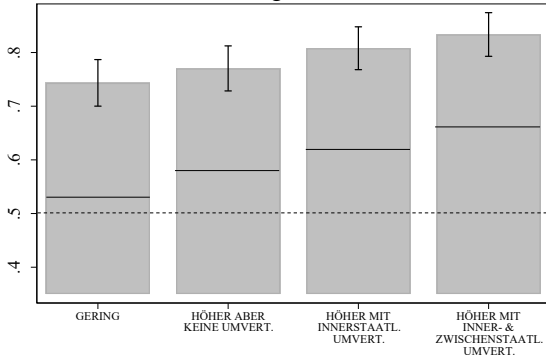
Der politische Prozess für eine europäische Risikoteilung im Hinblick auf Arbeitslosigkeit wird nicht auf einer supranationalen Abstimmung beruhen, sondern auf der Beschlussfassung im Europäischen Rat. Daher sind auch die länderspezifischen Muster wichtig. Abbildung ES4 zeigt die Ergebnisse pro Land.

Abbildung ES4: Vorhersage der Zustimmungsrate für Stichprobenpakete pro Land

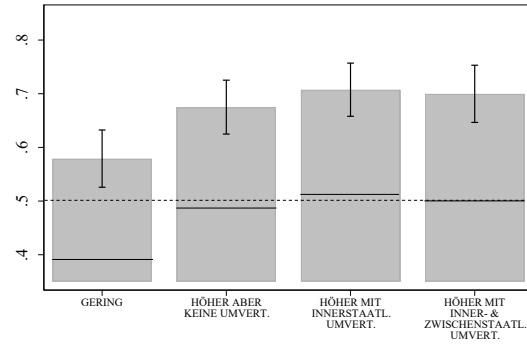


zweiten und dritten Variante sind gering. Die zweite Variante kann so verstanden werden, dass sie am ehesten dem Grundsatz entspricht, dass Länder „in einer Notlage“ immer Unterstützung verdienen, auch wenn sie sich langfristig als Nettoempfänger des Systems erweisen. „Notlage“ bezieht sich hier auf schwerwiegende Beschäftigungsprobleme, nicht auf die Armut eines Landes. Der Kerngedanke des Systems ist der Schutz vor Beschäftigungsschocks, nicht die Umverteilung von Reich zu Arm. Soweit sich die Befragten auf diesen Kerngedanken einlassen, mag dies erklären, warum die zweite Variante im Allgemeinen etwas mehr Zustimmung findet als die dritte Variante, auch wenn die Unterschiede sehr gering sind.

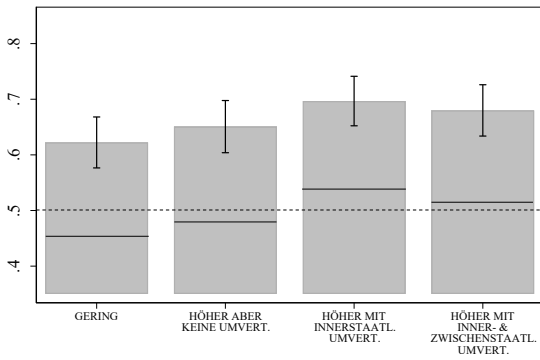
Ungarn



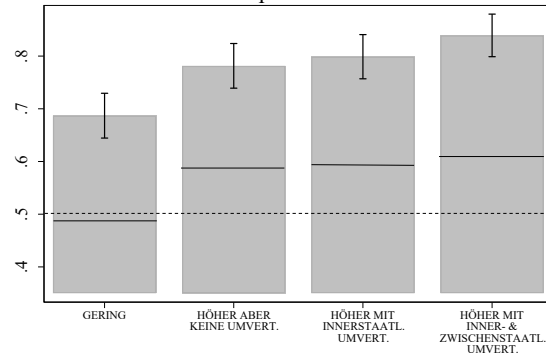
Frankreich



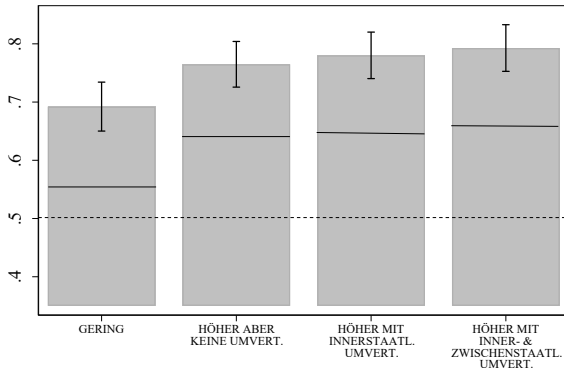
Finnland



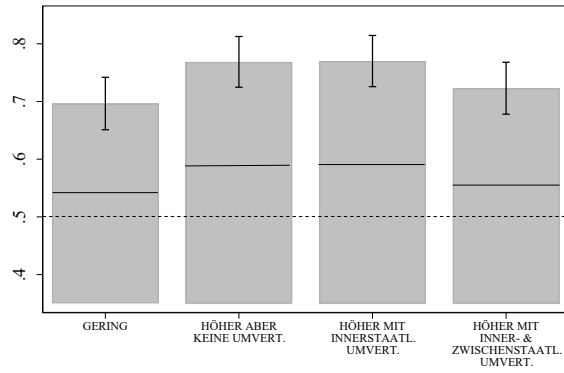
Spanien



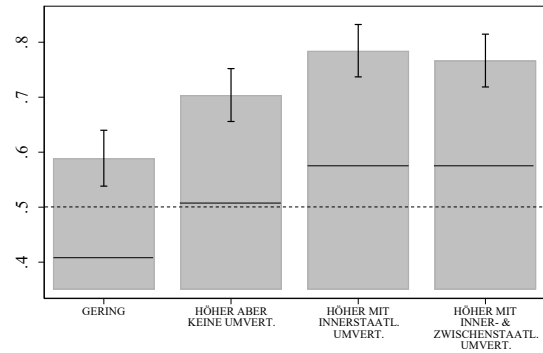
Estland



Dänemark



Deutschland



Erläuterung zu Abbildung ES4 (für Deutschland)

Die Höhe der Balken für Deutschland zeigt an, wie viele Deutsche sich in der Umfrage für ein bestimmtes Paket aussprechen, und zwar im Verhältnis zu allen Deutschen, die sich dafür oder dagegen aussprechen (die „neutralen“ Umfrageteilnehmer bleiben also unberücksichtigt). Wir zeigen vier verschiedene Pakete. Bei dem Paket „HÖHER, KEINE UMVERTEILUNG“ sprechen sich ungefähr 70% der deutschen Befragten dafür aus (die vertikale Linie bezeichnet eine Zuverlässigkeitsspanne; es handelt sich um eine Schätzung). Die Höhe der horizontalen Linien in den Balken gibt an, wie viele Deutsche gemäß der Umfrage sich zustimmend äußern im Verhältnis zu allen deutschen Befragten, also einschließlich der „neutralen“ Personen: es geht um ungefähr 50%. Wenn also alle Deutschen, die sich in der Umfrage „neutral“ geäußert haben, in einer hypothetischen Abstimmung letztlich gegen ein Paket stimmen würden, blieben immer noch ungefähr 50% Zustimmung. Die Zustimmung ist größer, wenn das Paket mit Umverteilung verbunden ist: dies ist aus den beiden Balken auf der rechten Seite der Deutschland betreffenden Abbildung ersichtlich.

Abbildung ES4 zeigt wichtige länderspezifische Muster, die von dem in Abbildung ES3 dargestellten gepoolten Muster abweichen können. Aus Platzgründen kann nicht detailliert auf alle sich aus dieser Analyse ergebenden Wechselwirkungen zwischen dem Land des Befragten und seiner Sensibilität für bestimmte Gestaltungsmerkmale des Systems eingegangen werden. Die meisten Länder bevorzugen großzügigere Programme mit mehr Umverteilung. Es gibt jedoch zwei Länder, Irland und Italien, die eine (etwas) weniger großzügige Versicherung bevorzugen. Darüber hinaus gibt es einige Länder, die keine besondere Präferenz für Pakete mit innerstaatlicher Umverteilung (gegenüber einer insgesamt bescheidenen Steuerbelastung zur Finanzierung des Programms) zeigen. Dies gilt für Belgien, Irland, Polen – am deutlichsten jedoch für die Niederlande. Schließlich zeigen einige Länder im Vergleich zum gepoolten Muster von Abbildung ES3 deutlich mehr oder weniger Zustimmung zur innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Umverteilung. Die Länder, die dieser Umverteilungskombination besonders stark zustimmen, sind Polen, Estland, Irland und Spanien. Zu den Ländern, die einer solchen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Umverteilung deutlich *weniger* zustimmen, gehören Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland und die Niederlande. Dies ist natürlich eine vorhersehbare Spaltung mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Gegebenheiten der Eurozone und den Status von Nettozahlern und Nettoempfängern, und das Muster passt zu früheren Studien, die darauf hindeuten, dass die Zustimmung zu Systemen mit besonders viel zwischenstaatlicher Umverteilung in Europa sehr unterschiedlich ist.

Die entscheidende Botschaft ist jedoch, dass die Pakete mit *HOHER MINDESTHÖHE* in jedem der untersuchten Länder potenzielle Mehrheiten aufweisen. Ob eine zwischenstaatliche Umverteilung die Zustimmung weiter erhöht oder reduziert, hängt vom jeweiligen Land ab. In einigen Ländern wäre eine innerstaatliche Umverteilung der schlussendlichen zusätzlichen Steuerlast (sofern zutreffend) erforderlich, um ausreichend Zustimmung zu gewinnen (Frankreich und Finnland). Die *innerstaatliche* Verteilungswirkung einer etwaigen

Steuererhöhung wäre natürlich eine Angelegenheit der nationalstaatlichen Entscheidungsfindung und nicht etwas, was im Rat gemeinsam beschlossen werden müsste.

Empfehlungen für politische Entscheidungsträger

Das Ziel unseres Berichts liegt nicht in der Diskussion der potenziellen Vorteile und Gefahren einer europäischen Risikoteilung im Hinblick auf Arbeitslosigkeit (EURS) oder der Vor- und Nachteile spezifischer Gestaltungsmerkmale. Wir konzentrieren uns auf deren Bedeutung für die öffentliche Zustimmung. Die Untersuchung der Einstellung der Bürger zu EURS führt jedoch zu einigen Hinweisen für politische Entscheidungsträger:

- eine prinzipielle Ablehnung von EURS beschränkt sich auf einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung;
- die Bürger sind sensibel gegenüber der konkreten Ausgestaltung von EURS. Obwohl es hier Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt, bevorzugen sie tendenziell Maßnahmenpakete, die großzügiger sind, die die Länder zum Anbieten von Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose verpflichten, die keine Steuererhöhungen mit sich bringen und die den einzelnen Empfängern die Erfüllung zumindest einiger Voraussetzungen abverlangen (zum Beispiel die Annahme eines geeigneten Jobangebots);
- großzügige Maßnahmenpakete sind in jedem der untersuchten Länder mehrheitsfähig, auch wenn ein großzügiges Paket Steuererhöhungen mit sich bringt (ob das tatsächlich der Fall wäre, bleibt hier außer Betracht). In einigen Ländern wäre eine innerstaatliche Umverteilung der schlussendlichen zusätzlichen Steuerlast (sofern zutreffend) erforderlich, um ausreichend Zustimmung zu gewinnen;
- in den meisten Ländern ist die Zustimmung größer, wenn die Umsetzung von EURS dezentralisiert abläuft. Dies trägt zu den an anderer Stelle geäußerten Argumenten bei, dass nicht versucht werden sollte, ein richtiges europäisches Leistungssystem aufzubauen, sondern ein Rückversicherungssystem, das die nationalen Leistungssysteme mit Pauschaltransfers unterstützt;
- in allen Ländern nimmt die Zustimmung zu, wenn EURS mit einer Politik *sozialer Investitionen* verknüpft wird, also einer guten Kombination aus Schulung, Ausbildung und Aktivierung;
- eine im Politikbereich viel beachtete Debatte, nämlich die Frage, wie tolerant das System gegenüber zwischenstaatlicher Umverteilung sein sollte, scheint den Bürgern bei der Äußerung ihrer Präferenzen weniger bedeutsam zu sein als den politischen Entscheidungsträgern.